

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlen. Unter Streifenband im In- und Ausland 1.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Arbeiter- und Soldatenzeitung „Rote Front“ (jeweils bei Belagern) Unterhaltung und Wissen, „Was der Arbeiter“, „Stahlzeitung“, „Jugendstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Leben“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige sozialistische Partei Deutschlands. „Rote Front“ des Arbeiter- und Soldaten (jeweils bei Belagern) Unterhaltung und Wissen, „Was der Arbeiter“, „Stahlzeitung“, „Jugendstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Leben“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Besprechungsstunde: 202-207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentor: Berlin SW 68. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Poststr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 110, Berlin SW 68.

## Furcht vor sozialistischer Mehrheit.

### Stimmenrückgang der englischen Konservativen. — Berechtigte Wahlangst.

London, 21. November.

In Southend, einem Villenort Londons am Meer, ist als Nachfolgerin des verstorbenen konservativen Abgeordneten Graf und Großbauer Joergs dessen Witwe, gleichfalls auf das konservative Programm, ins Rathaus gewählt worden. Die Nachwahl war eigens für den Sonnabend angelegt, damit die Southender Wähler noch nach dem frühen Wochenschluß in London rechtzeitig zur Wahl kommen können. Ein gewaltiger Autopark und großartige Bewirtung auf dem Bahnhofs waren konservative Wahlwerbemittel. Trotz alledem gingen die Konservativen gegen die Hauptwahl 1924 von 23 000 auf 21 000 Stimmen zurück, während die Arbeiterpartei von rund 3000 auf 4474 Stimmen gestiegen ist. Der Vortrittung

der Konservativen vor ihren Gegnern ist gegen 1924 auf die Hälfte gefallen!

### Angst vor Labour.

Der Zeitungsbau Lord Rothermere (dessen Blätter eine Tagesausgabe von über 10 Millionen besitzen) stellt bereits eine sozialistische Mehrheit im nächsten Unterhaus in Aussicht, wenn das Wahlrecht allen Frauen über 21 Lebensjahre gegeben werde; von diesen 5 1/2 Millionen neuer Wähler würden 3 bis 4 Millionen sozialistisch wählen. Aber auch ohne diese Wahlreform könne die Arbeiterpartei auf 6 Millionen Wähler und 280 Sitze im kommenden Unterhaus rechnen.

## Abrechnung in Braunschweig.

### Neuwahl im Lande der Stahlhelm-Regierung.

Von D. Groitwohl.

Am 4. November ist der Landtag in Braunschweig zu seiner letzten Sitzung zusammen gewesen. Mit dem Rufe: „Der alte Landtag ist tot, es lebe der neue!“ hat die Sozialdemokratie am gleichen Tage den Wahlkampf eröffnet. Im unmittelbaren Anschluß an Feierabend sammelten sich zehntausend Männer und Frauen im Fackelschein auf dem weiten Schloßplatz in Braunschweig. Durch einen Riesenlautsprecher ließ die Sozialdemokratie weithin über die Stadt ihren Kampftrug tragen.

Gestützt auf eine denkbar geringste Mehrheit, 25 von 48 Sitzen, hat das schwarzweilrote Bürgertum drei Jahre eine beispiellose Bergewaltungspolitik betrieben. Hinter dem Schilde „nationales Reinigen“ hat man hemmungs- und gewissenlos einen republikanischen Beamten nach dem anderen aus der Verwaltung entfernt. Um der Gefinnungsschnüffel und Verfolgung ein Ende zu machen, setzte der Landtag auf Antrag der Sozialdemokratie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, der die durch die Regierung getriebene Hege gegen Republikaner nachprüfen sollte. Die regierenden Rechtsparteien versuchten zunächst die Arbeit des Ausschusses zu vereiteln. Nachdem sie sich hierbei durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes eine Schlappe geholt hatten, verschleppten sie die Arbeiten des Ausschusses so, daß ein zusammensetzendes Urteil vom Landtag nicht mehr gefällt werden konnte. Aber die Zeugenvernehmungen deckten geradezu einen Guerillakrieg gegen Republikaner auf. Eine an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß gerichtete vernichtende Denkschrift und Beschwerdeschrift des sozialistischen Reichspräsidenten Haag lieferte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses gegen allen parlamentarischen Anstand und Brauch der Regierung zum Zwecke der Strafverfolgung aus. Die politische Verwilderung ging soweit, daß sich die Mehrheitsparteien zum Henker machten!

In Braunschweig hat in drei Jahren das Prinzip der „überparteilichen Fachminister“ einen vernichtenden Schlag erhalten. Die „überparteilichen“ Minister haben sich immer und überall widerspruchslos als die willfährigen Schergen aller Dunkelmänner erwiesen. Die sachlichen Ergebnisse der Fachminister sind für das kleine Land unheilvoll. Während unter den sozialistisch-demokratischen Regierungen regelmäßig mit Ueberflüssen gearbeitet wurde, haben die „Fachminister“ in der kurzen Zeit von drei Jahren eine Schuldenlast von rund 17 Millionen Mark auf das Land geladen. Durch einen engherzigen und kurzfristigen Finanzausgleich sind obendrein in drei Jahren die Finanzen der Städte und Gemeinden vernichtet. Der braunschweigische Städtetag klagte mit seiner bürgerlichen Mehrheit die Regierung bitter an. Die Finanzpolitik der Fachministerregierung ist eine einzige Pleite. Während man die Steuererhebung für die kleinen Gewerbetreibenden und Grundbesitzer empfindlich anzog, hat man eine verschwenderrische Liebesgabenpolitik für die Großen getrieben. Dem früheren Herzog, der Kirche und dem Großgrundbesitz hat man erhebliche Mittel zugehant.

Dem früheren Herzog sind müheelos durch einen Vergleich an Land und besten Forsten, verglichen mit den Größenverhältnissen Braunschweigs zu Preußen, fast dreizehnmal soviel zugefallen, als den Hohenzollern durch Vergleich ausgeliefert wurde.

Die Landeskirche hatte freiwillige Zuwendungen des alten Herzogtums zum Gegenstand eines Rattenkönigs von gerichtlichen Klagen gemacht. Nachdem die früheren Regierungen jede freiwillige Weiterzahlung an den Verein „Evangelische Landeskirche“ abgelehnt hatte, sind ihm von der Fachministerregierung vor Abschluß der Prozesse, z. T. im Wege des Vergleichs 1 1/2 Millionen Mark gezahlt. Der Dank der Kirche ist nicht ausgeblieben. Das Kirchenamt höhnt und schimpft in der bürgerlichen Presse auf die „Kirchenfreundliche“ Regierung und ... verlangt mehr. Das geht selbst dieser Regierung über die Hutknur. Es ist die alte Sage: „Die Kirche hat einen guten Magen...“

Der Steuerhau der Besitzenden ist eine Konzeption nach der anderen durch Steuererhöhungen und -schenkungen gemacht. Die Grundsteuer hat man einfach für ganze Quartale um 50 Proz. ermäßigt.

Ein vielgebrauchtes Schlagwort des Bürgerblods in Braunschweig war bei der vorigen Wahl der Ruf nach einer durchgreifenden Verwaltungsreform. Es sollte sogar eine der Hauptaufgaben der „Fachminister“ sein. Mit ihrer rachen Erfahrung als „Fachleute“ sollten sie die unter der sozialistischen Regierung „angelschwollene und viel zu teure Verwaltung“ reformieren. Es stand sogar im Regierungsprogramm schwarz auf weiß. Drei Jahre sind seitdem verfloßen. Die „Fachminister“ waren in jeder Beziehung unfähig, die Verwaltung irgendwie zu vereinfachen oder zu verbilligen. So holten sie sich Beamte aus Berlin, die als

## Die Genfer Russendelegation.

### Begegnung Litwinow-Chamberlain? — Ein Brief Bernstorffs an London.

Die bekanntgewordene Bitte der Russendelegierten zur vorbereitenden Abrüstungskommission hat in Paris und in London Ueberstärkung und Beunruhigung erzeugt. Die Tatsache, daß zwei Volkskommissare nebst weiteren prominenten Vertretern der Flot- und Militärbehörden sich zu einer Kommissionstzung begeben, die nach Pariser und Londoner Wünschen nur hätte kurz und formal sein sollen, ruft in verschiedenen Pariser und Londoner Zeitungen misshandelte Kommentare hervor.

In Paris hätte man entschieden gewünscht, daß die vorbereitende Kommission bei ihrem jetzigen Zusammensetzen sich lediglich mit der Einsetzung des neu zu schaffenden

### Studentenkomitees für die Sicherheitsfrage

besaße und deren Aufgabentkreis umschreibe. Auf deutscher Seite ist man zwar damit einverstanden, daß dieser Punkt auf der bevorstehenden Tagung geregelt werde, aber man will auch die Abrüstungsfrage selbst vorwärts treiben. Deshalb hat, einer Meldung der Telegraphen-Union zufolge, der deutsche Delegierte

Graf Bernstorff in einem Brief an den Vorsitzenden der Kommission, den Holländer Loubon,

den Standpunkt vertreten, daß die Kommission jedenfalls auf ihrer jetzigen Tagung auch eine zweite Lesung des Entwurfs einer Abrüstungskonvention vornehme.

Wie die Sowjetregierung zu der Frage des neu zu schaffenden Sicherheitskomitees steht, ist noch nicht bekannt. Sicher ist aber, daß sie die deutsche Forderung einer sofortigen Inangriffnahme der eigentlichen Abrüstungsfrage unterstützen wird. Londoner Blätter wollen wissen, daß die Russen konkrete Abrüstungsorschläge unterbreiten werden.

Unter diesen Umständen fragt man sich in Paris und in London nicht ohne Beforgnis, ob die Tagung der Abrüstungskommission, die man dort gern am 3. Dezember, also vor dem Zusammentritt des Räterebundrates, hätte beendet wissen wollen, nicht einige Tage länger dauern wird. In diesem Falle würde der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, in Genf zu einem Zeitpunkt sein, wo die Teilnehmer an der Ratifikation, insbesondere Chamberlain, bereits in Genf eingetroffen sein werden. In diesem Falle erwartet man Begegnungen zwischen Litwinow und Chamberlain, sowie den übrigen Außenministern, wobei die Frage der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Weltmächten einer gründlichen Erörterung unterzogen werden würde. Londoner Blätter vermuten sogar, daß Litwinow Vollmachten der Sowjetregierung erhalten werde, um eine Wiederaufnahme der seit dem Sommer abgebrochenen englisch-russischen Beziehungen zu verhandeln.

## Taktisches Spiel vor der belgischen Krise

### Wird de Broedere sein Genfer Mandat niederlegen?

Brüssel, 21. November. (Eigenbericht.)

Die gesamte bürgerliche Brüsseler Sonntagspresse kündigt für heute den Ausbruch einer Regierungskrise an. Sie soll dadurch zum Ausdruck kommen, daß die sozialistischen Minister wegen der Behandlung der Militärreformvorlage aus der Regierung austreten wollen. Richtig ist, daß die sozialistischen Minister allein gar nicht daran denken, das Kabinett zu verlassen und den bürgerlichen Parteien dadurch eine willkommene Wahlparole gegen sie als „Störenfriede“ zu geben beabsichtigen. In Frage kommt auch für die Sozialisten lediglich ein Gesamttritt des Kabinetts. Erfolgt er, dann dürfte der gegenwärtige Ministerpräsident Jaspar wahrscheinlich nicht mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Dieses Moment spricht dafür, daß wenigstens Jaspar vorläufig noch versucht, den Ausbruch der Krise möglichst hinauszuschieben. Allerdings könnte es sich dabei nur um einen kurzen Aufschub handeln.

Falls es anlässlich der Militärreform zum Rücktritt der gesamten Regierung und damit wahrscheinlich zum Rücktritt der gesamten Regierung und damit wahrscheinlich zum Verzicht der Sozialisten auf eine weitere Beteiligung an der Regierung bis zur Wahl kommen sollte, dürfte der belgische Delegierte zur Abrüstungskommission des Völkerbundes de Broedere auf sein Mandat verzichten. Er geht dabei von der Auffassung aus, daß es für ihn ein Ding der Unmöglichkeit ist, in Genf um die Abrüstung im Auftrag einer Regierung zu kämpfen, die selbst nicht einmal in eigenen Lande an eine Herabsetzung der Dienstzeit denkt.

## Politischer Mord in Polen.

### Ukrainischer Student als Polizeispitzel erschossen.

Lemberg, 21. November.

Der ukrainische Student Michael Hut ist gestern nacht als angeblicher Spitzel der polnischen Polizei von einem anderen Ukrainer niedergeschossen worden. Der Mörder ist entflohen.

## Sowjetfreiheit!

Moskau, 21. November.

Der Vorsitzende der Berufsverbände, Tomski, hielt auf der Geningrader Parteikonferenz eine Rede, in der er sagte: „Unter der Diktatur des Proletariats können zwei, drei oder vier Parteien bestehen, aber nur eine von ihnen wird die Macht haben und die übrigen, die gegen die Partei kämpfen, gehören ins Gefängnis.“

## Ungarn gegen den Völkerbundsrat?

### Endgültige Ablehnung des Optantenkompromisses.

BU. meldet aus Budapest: Die ungarische Regierung hat nunmehr die rumänische Regierung offiziell davon verständigt, daß sie den Vorschlag des Völkerbundsrates zur Lösung der Optantenfrage ablehne.

## Die Pariser Ungarn-Fälschungen.

### Weitere Verhaftungen.

Im Zusammenhang mit den Fälschungen von ungarischen Kriegspapieren wurde in Zürich der Sohn des bereits in Paris verhafteten Bankiers Blumenstein ebenfalls festgenommen. Er soll an Frankreich ausgeliefert werden.

Sparkommissionen Vorschläge ausarbeiten sollten. Nach monatelangen Worten hat die Regierung diese Vorschläge mit vielen inhaltlosen Anmerkungen, wenige Tage vor dem Auseinandergehen dem Landtage zugeleitet. Der Landtag hat sich um das Nachwort der Regierung überhaupt nicht mehr gekümmert. Von welchem arbeiterfeindlichen Geist die Sparvorschläge getragen sind, zeigt die Tatsache, daß die schwarzweisse Regierung das Gewerbeaufsichtsam aufheben wollte. So hat auch in dieser Frage die „Fachsministerregierung ein blamables Politikantentum offenbart. Viel Aufwand ist schmachlich vertan.

Je näher der Wahltermin heranrückte, desto verfahrenere wurde die Situation auf der Seite der Regierungsparteien. Ursprünglich zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, ist die Regierungskoalition seit langem gespalten. Der Wirtschaftsverband, eine kleine Gruppe von vier Abgeordneten, ist vor Monaten aus der Koalition ausgebrochen. Diese Gruppe benutzt seit langem jede Gelegenheit, mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen, in demagogischer Weise den Anschein zu erwecken, als sei sie an der heillos verfahrenen politischen Situation des Landes nicht beteiligt. Sie sucht die Verantwortung den anderen bürgerlichen Parteien zuzuschreiben. Oft genug stimmten die Wirtschaftler in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie Regierungsvorlagen nieder. Die Regierung aber stiebte. Sie dachte nicht daran, einmal mannhafte die politischen Konsequenzen zu ziehen. Dafür beschleunigten sich dann die feindlichen Brüder im Landtage und in der Presse in wutgefüllten Erklärungen und Artikeln gegenseitig ihre völlige politische Unfähigkeit. Wenn es der Sozialdemokratie trotzdem nicht gelang, diesem für das Land und die Öffentlichkeit gleich unwürdigen Spiel ein Ende zu bereiten, so lag das daran, daß die Regierungsparteien durch ihren gemeinsamen, lächerlichen Haß gegen die Sozialdemokratie sich immer wieder zusammensanden.

Auch das ist nun vorbei. Am 27. November finden die Neuwahlen statt. In acht Listen markiert das Bürtertum auf und liefert damit den Beweis seiner inneren Zerfahrenheit. Zwar gelang es nach mühevollen Verhandlungen, fünf von diesen Listen untereinander zu verbinden. Aber es nützt nichts! Die dreijährige schwarzweisse Fachministerberühmtheit hat dem bürgerlichen Wähler Enttäuschungen auf Enttäuschungen gebracht. Aus einer geregelten Finanzwirtschaft ist ein verabschiedetes Land geworden. Beim „nationalen Wiederaufbau“ stürzte eine Ordnungsfäule nach der anderen. Persönliche Skandale bedeutender schwarzweisser Organisatoren und Führer schuf bei vielen Ekel und Abneigung. Der Stahlhelm, der beste bürgerliche Wahlhelfer bei der vorigen Wahl, hat eine Spaltung hinter sich. 1924 Träger der schwarzweissen Wahlarbeit, steht er heute schmollend in der Ecke. Er beschämt verbittert in einem Befehl an seine Mitglieder den bürgerlichen Parteien, daß sie es alle nicht fertiggebracht hätten, dem Marxismus einen „vaterländisch-wehrhaft-christlichen Einheitsblock“ entgegenzustellen. Er verbietet seinen Führern und Kameraden, mit den Parteien zu verhandeln. Er befiehlt seinen Mitgliedern, die Stahlhelmbanden in den Wahlwochen abzulegen. Die Stahlhelmmitglieder „dürfen nicht als Stahlhelmeute erkannt sein“. Welche Wendung! Die Einheitsfront gegen die rote Flut ist zerfallen. Geblieben sind zerstückelte Organisationen, Luft- und Luftlosigkeit. Auf der anderen Front steht die Sozialdemokratie. Rechts und links zwei kleine Gruppen zur Seite. Die Demokraten und die Kommunisten. Eine Ufferverbindung mit den Kommunisten hat die Sozialdemokratie abgelehnt. Die Kommunisten hatten bereits vorher erklärt, an einer Regierungsbildung werden sie auf keinen Fall teilnehmen. Einer Partei, die sich selbst von vornherein aus der Politik ausschließt, auf den Krücken der Ufferverbindung zu einem weiteren Mandat zu verheissen, lehnt die Sozialdemokratie ab.

Der Kampf um die Stimme des Wählers wird sichtbar und fühlbar bis jetzt nur von der Sozialdemokratie geführt. Die Unlust bei den Bürgerparteien ist so groß, daß sie vor einigen Tagen unter Hinweis auf die Rührigkeit der Sozialdemokratie öffentlich in der Bürgerpresse ausgepeitscht wurden.

Anders bei uns! Das Versammlungsleben hat in großzügiger Weise begonnen. Flugblätter, Wähler- und Betriebszeitungen flattern ins Land. Mit allen Mitteln der modernen Propaganda, Lichtbilder und Lautsprecher, arbeitet die Partei. Propagandakolonnen von Radfahrern durchfahren Sonntag für Sonntag das Land. In eiserner Pflüchterstellung, mit freudiger Zuversicht steigen unsere Genossen treppauf und treppab. Die Genossen im Lande Braunschweig wollen nicht nachsehen hinter Hamburg, Altona, Bremen, Königsberg, Oldenburg und Mecklenburg, sie wollen auf der Straße ins kommende Jahr der Abrechnung mit dem Bürgerblock einen neuen Stein des Vormarsches legen.

## Schulgeseh und Volkspartei.

Tagung des Zentralvorstandes in Braunschweig.

Heute tritt in Braunschweig der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen steht das Reichsschulgeseh.

Ueber die Bedeutung dieser Tagung schreibt der „Hannoversche Kurier“, eine der wenigen Tageszeitungen, über die die Volkspartei verfügt:

Die Deutsche Volkspartei hat in der bestehenden Regierungskoalition Bindungen ertrogen, um eine ruhige Entwicklung im Innern zu sichern. Heute will es uns scheinen, als ob diese Bindungen in zwei Punkten Fesseln zu werden drohen, die den Lebensnerv der Partei als Trägerin liberaler Weltanschauung berühren werden. Es gibt in der Frage des Reichsschulgesehes eine Grenze für Kompromisse, die die Partei nicht überschreiten darf, ohne die wesentlichsten Grundzüge des Liberalismus aufzugeben, und es gibt in der Frage des Fortschritts Deutschlands zu geschlossener innerer Einigung Forderungen der Stunde, denen sie sich nicht entziehen darf, ohne Gefahr zu laufen, nicht mehr als die Fortsetzung jener alten Partei der Reichsgründung angesehen zu werden, die die nationale Geschlossenheit des deutschen Volkes auf ihre Fahne geschrieben hatte. In den beiden Fragen wird die oberste Parteinstanz, der Zentralvorstand, am Montag in Braunschweig schwerwiegende Entscheidungen zu treffen haben.

Besinnung auf Grundsätze bei der Erbin der Nationalliberalen Partei? Das ist etwas viel verlangt.

## Seltamer Heimatdienst.

Ein Lobeshymnus auf die Gutsbezirke.

Die leider noch nicht verabschiedete neue preussische Landgemeindeordnung sieht bekanntlich die Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke vor. Wenn auch die Fertigstellung des Gesetzes sich verzögert, so steht doch fest, daß Regierung und Parlamentsmehrheit in dem Punkte der Abschaffung dieses feudalistischen Ueberrestes einig sind. Daher berührt es recht seltsam, wenn die Zeitschrift der aus Reichsmitteln erhaltenen Reichszentrale für Heimatdienst in ihrem zweiten Novemberheft einem Rittergutsbesitzer v. Bismarck-Sniephof das Wort gibt, um in einen Lobgesang auf die Gutsbezirke das wirkliche Bild dieses rückständigen Instituts in tendenziöser Weise zu verfälschen. Herr v. Bismarck schreibt zwar:

Die Besonderheit der sozialen Fürsorge dieser politischen Gemeinde besteht nun darin, daß in den Akten des Gutsbesitzers kaum etwas davon zu merken ist.

Über hat eines Königs nicht Herr v. Bismarck in diesem standalösen Zustand einen erheblichen Vorteil, weil angeblich in der Praxis die soziale Fürsorge um so stärker sich auswirkt. Man höre:

Das herrschende Verhältnis zwischen Gutsbesitzern und Besitzern, besonders in den Gegenden, wo die allgemeine Atmosphäre bestimmt wird durch Güter, die sich seit Jahrhunderten in einer Hand befinden, ist von beiden Seiten als Ziel und Verpflichtung mit Selbstverständlichkeit voraus, daß Ortsarme, im Sinne dessen, was die Stadt und auch die bürgerlichen Gemeinden darunter verstehen, überhaupt nicht vorhanden sind. Das Zusammenlaufen der Güter der Gesundheitspflege, der Wohnungszuweisung, der Arbeitsteilung und der Wohnführung gegenüber Behörden, in der Hand des Gutsbesitzers, sichert in diesem kommunalen Gebilde eine einzigartige Elastizität, die noch verstärkt wird durch die besonderen Möglichkeiten der Landwirtschaft an Verwertung der Arbeitsleistung körperlich nicht vollwertiger Personen; die seit je bestehende Eigenschaft des Arbeitsvertrages als Jahresvertrag für eine Familie, verbunden mit der herkömmlichen Konstanz dieses Verhältnisses über ganz lange Zeiträume, vielfach über Generationen, geben eine ganz andere Einstellung zu den Fällen, wo durch kostspielige Operationen, durch längere Kuren, oder durch besondere Dispense und Bergünstigungen, etwa die Gesundheit einer Mutter als unerlässlichstes Gut einer Familie wiedergewonnen werden kann. Die Zwangsversicherung der arbeitenden Familienmitglieder, die die Reichsversicherungsordnung 1911 brachte, kostet zwar sehr viel Papier und sehr viel Geld; sie hat aber das Leben nicht verändert: den freien Arzt (und meist auch die freie Apotheke) hatten hierzulande alle Gutsbesitzer genau so vordem, und der größte Anteil davon entfällt naturgemäß auf die Kinder und alten Leute, deren Versorgung Sache des Gutsbesitzers geblieben ist. Bei allen diesen Funktionen steht zwar die Eigenschaft des Gutsbesitzers als Gutsvorsteher im Hintergrund, aber doch nur als Reserve, die sehr selten einmal eingesetzt wird. Erst in unglücklichen Ausnahmefällen, z. B. wo eine im Jermürnis geschiedene Familie ein hilfloses Wesen zurückgelassen hat, entsteht für dieses bedauernswerte Wesen, wenn auch keine Not um die sichere warme Wohnung und das tägliche Brot, so doch ein Zustand, der die Merkmale der Ortsarmut an sich trägt. Eins freilich ist unerlässliche Forderung, damit dieser Zustand gedeihlich ist: daß das Gefühl für die Verantwortung, die dieser Ordnung entspricht, nicht nur mit voller Breite erhalten und vertieft, sondern auch durch gegenseitige Selbsterziehung des Standes auf alle seine Glieder ausgedehnt und sichergestellt wird, wie das übrigens in wachsendem Maße geschieht.

Wie die hier gerühmten paradiesischen Zustände in der Wirklichkeit aussehen, davon kann sich freilich jeder überzeugen, der die angeblich nicht vorhandenen Ortsarmen eines märkischen Rittergutes einmal persönlich aufsucht. Er wird staunen über die „sichere warme Wohnung“, gegen die meist ein Stall noch prunkvoll erscheint, über die „kostspieligen Operationen“ und „längeren Kuren“, deren sich die Wäffchen und Kranken erfreuen. Und was die „eigenartige Elastizität“ dieses Verhältnisses anbelangt, so hat sie sich allerdings bei den Reichspräsidentenwahlen usw. in hellstem Lichte gezeigt, wo ein Stimmgeld für Marx genügt, um selbst die geringfügigen Leistungen dem Unbotmäßigen willfürlich zu entziehen. Was wohl Herr v. Bismarck unter „gegenläufiger Selbsterziehung“ subzitiert.

Immerhin: wenn Herr v. Bismarck seinen Lobgesang auf Willfähr und Resillosigkeit im Organ des Landbundes lasse, würde man sich nicht wundern. Daß dies aber auf Kosten des Reichs in einem Zeitpunkt geschehen kann, wo die Aufhebung der Gutsbezirke durch Preußen nahe bevorsteht, gibt ein mehr als bedenkliches Bild über die Verwendung von Reichsgeldern!

Der Entwurf über die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen, nachdem der Reichsrat die Vorlage angenommen hat. Die Vorlage sieht gemäß den Wünschen des Reichswirtschaftsrats eine Mitgliederzahl von 144 Mitgliedern vor. Besondere Änderungen an der Vorlage sind nicht vorgenommen worden. Eine Änderung bestimmt, daß die Zahl der von der Reichsregierung und dem Reichsrat zu benennenden Mitglieder von je 9 auf je 12 erhöht wird; ferner ist die Zahl der kommunalen Vertreter von 10 auf 11 erhöht worden.

## „Fidelio“ - Neuinszenierung.

Staatsoper.

Ein Volksopernhaus sollte, mit Hilfe der Volksbühne, das alte Kroll-Theater werden, als es 1924, gründlichst ausgebaut, dem staatlichen Opernbetrieb übergeben wurde. Es ist in Erinnerung, warum dieses Programm sich zunächst nur halb verwirklichen ließ. Dann begann, mit der Schließung des Opernhauses unter den Linden, jener verwirrende Zwischenzustand, aus dem wir noch nicht heraus sind: die Staatsoper, ganz auf das Haus am Platz der Republik angewiesen, liefert der Volksbühne zwei, drei Vorstellungen in der Woche; an einen volksbühnen-, volksopernmäßigen Aufbau des Repertoires kann nun aber, nur so nebenher, neben dem „eigentlichen“ Arbeitspensum des staatlichen Opernstudiums erst recht nicht zu denken sein. Eine Volksoper soll jetzt neu, unter Otto Klemperer, entstehen; vorgestern hat er sie, mit „Fidelio“, sozusagen „eröffnet“. Er hat in Wahrheit ein Theater eröffnet, das noch nicht existiert, das noch immer, als Verheißung, in der Luft liegt, und eine schlimmere Leidenszeit, sei es auch nur für Monate (für viele?), hat für das schwergeprüfte Haus angefangen. Zwei Ideen — „Staatsoper“ und „Volksoper“ — müssen und müssen sich heute darin konstatieren; nun stoßen sich, die Verwirrung verdoppelnd, zwei Kunstkörper hart im Raum: das Klemperer-Ensemble und das Hörig-Kleiber-Blech-Ensemble; zwei Opernapparate, obgleich auf gemeinsamer Basis aufgerichtet, doch klar geschieden durch die Führung.

Diese „Fidelio“-Neuinszenierung, mit der Otto Klemperer, der große Dirigent, sich als (künftiger) Operndirektor vorstellt, bedeutet für Berlin, trotz aller Einwände, die möglich, ja geboten sind, ohne Zweifel ein Kunstereignis höchsten Ranges, ein Ereignis, das nicht ohne künstlerisch befruchtende Wirkung bleiben wird. Und in ihrer Betonung des Revolutionären, in dessen Atmosphäre Beethovens Oper — nicht spielt, aber entstanden ist, in ihrem wahrhaft offenkundigen Verzicht auf alles Schmückende, Angenehme, bürgerlich Besorgliche, offenbart sich ein Führergeist, der für den Aufbau einer Volksoper jenseit der rechte scheint. Was aber bedeutet diese Inszenierung, deren Vorbereitung einen beispiellosen Aufwand an Arbeitskraft und -gut erfordert hat, was bedeutet sie, organisatorisch gewendet, als Gewinn für den Opernbetrieb? Sieben Vorstellungen müssen ausfallen, um diese eine zu ermöglichen, durch die obendrein das Repertoire der Staatsoper keinen Zuwachs erfährt. Denn „Fidelio“ gehörte selbstverständlich immer zu ihrem festen Bestand, und es ist erst zwei Jahre her, daß das Werk (noch in allen Opernhäusern) von Grund aus neu inszeniert und inszeniert worden ist; es wurde in dieser — ganz gewiß noch nicht „verbraucht“ — Fassung zur Feier des Beethoven-Gedenktages am 28. März dieses Jahres gespielt; man hätte es vorgestern in dieser Fassung spielen können, es hätte dafür nur weniger Kosten bedurft. Dirigent, Sänger und

Deformationen waren zur Stelle. Unter diesen Umständen einen „neuen“ „Fidelio“ herauszubringen, mit neuem Personal, neuen Bühnenbildern und Kostümen — das war, vom Standpunkt der Staatsoper, überflüssige, wertlose Arbeit. Und das ist ein kunstwirtschaftliches Ergebnis, dessen Bedeutsamkeit auf der Hand liegt. Klaus Fringsheim.

## Abrechnung mit Amerika.

Im Deutschen Künstlertheater.

Die Komödie „Chicago“ von R. Watkins spielt, wie man aus dem Titel bereits vermutet, in Amerika. Das müssen ja sonderbare Zustände sein in Chicago, gegen die Fräulein Watkins da loswettert. Sie löst sich folgendes begeben: die niedliche kleine Kory ärgert sich über ihren Freund, weil er schafel ist. Was tut man in Chicago in solchen Fällen? Man nimmt den Revolver. Die ersten paar Tage im Untersuchungsgefängnis sind Kory natürlich unangenehm. Aber bald merkt sie, daß sie auf Grund der Artikel in der Revolverpresse zur Sensation von Chicago geworden ist. Verteidiger, Reporter, Polizist, Staatsanwalt, Gefängniswärterin, alle haben nur das eine Interesse, sich in Szene zu setzen und von sich reden zu machen. In der Gerichtsverhandlung legt Kory weniger Wert auf eine harmlose Darstellung ihres Wortes, als auf geschickte Benutzung ihrer weiblichen Reize. Sie blüht mit ihren Glutaugen die Geschworenen an und zeigt, so oft es geht, ihre schönen Beine. Unter großen Hallah wird sie natürlich freigesprochen. In Chicago.

Die Dichterin — eine zwanzigjährige Studentin soll sie sein — hat die Absicht, eine flammende Anklage gegen die verderbte Justiz zu schmettern. Alle Figuren ihrer Komödie besitzen nicht einen Funken Gefühl. Die läbliche Sachlichkeit, mit der sie von den graufigen Dingen reden, kempelt das Stück im Anfang zu einer blutigen Satire. Daß es mit der Justiz in Amerika hapert, wissen wir nicht erst seit Sacco und Vanzetti. Fräulein Watkins läßt uns aber nicht das Gruseln vor der amerikanischen Gerichtsbarkeit in die Knochen frieden; nach ihrer Schilderung geht es in der amerikanischen Justiz höchst gemütlich zu. Im übrigen weiß man gleich nach dem ersten Bild, was die Autorin will. Wir brauchen keine weiteren sieben Bilder, und es endlich zu kopieren. Für uns ist die Komödie zu albern hergerichtet, als daß wir in irgendeine Gemütsregung geraten. Sorgen von Chicago.

Immerhin wir haben eine Freude: Kory ist Carola Reher. Die süße Mörderin, die man sich denken kann. Ein Trauben von reizender Frechheit, entzückender Unpersönlichkeit und charmanter Kollerie. Sie spielt mit so natürlicher Selbstverständlichkeit, daß der hilflose kleinen Kory alle Herzen zustiegen. Der zweite Star, Ralph Arthur Roberts, enttäuscht dagegen auf der ganzen Linie. Ihm steht die jüngst kreier Rolle des Sternheimischen Theobald Wasse noch zu sehr in der Hölle. Er ist kein smarter Verteidiger, sondern ein postmodern, breiipulziger Beamter. Auf den nur träge sidenden Beifall hin erscheint auch der Regisseur Leo Müller vor der Rampe.

## Olaf Gulbransson.

Von Dr. Paul J. Schmidt.

Im Verlage Bruno Cassirer in der Dorffingerstraße sind Zeichnungen von Gulbransson ausgestellt. Seinen Namen hat er sich als Mitarbeiter des „Simplizissimus“ gemacht, und die meisten und anziehendsten der Arbeiten sind in der Tat auch seine Entwürfe für dieses Witzblatt. Obwohl er 1873 in Oslo geboren wurde, anfangs für norwegische Witzblätter, erst seit 1902 für den „Simplizissimus“ gezeichnet hat, gehört er seiner ganzen Art und Gesinnung nach in den Kreis der Münchener Zeichner um Th. Heine, Bruno Paul und Rudolf Wilsa, die dem „Simplizissimus“ durch ihre politische und gesellschaftliche Karikatur Gesicht, Stil und Popularität gegeben haben. Er behauptet seinen Rang unmittelbar neben Heine, ja, er wirkt oft präziser und schlagender als dieser durch die Bestimmtheit und großartige Einfachheit seines Striches und seiner großen farbigen und schwarzen Flächen. Denn das sind die Mittel seiner Wirkung: mit einer ornamentalen, so häufig monumental anmutigen Vereinfachung der Umrisse, mit schlagkräftigen Kontrasten und Verkürzungen eine Situation herzustellen, die auf den ersten Blick zu übersehen ist und durch geistvolle Kombination verblüfft.

Des Wirkungsmittels des guten Witzes: der Sprung ins Konträre, nötig Ueberraschende, die Ideenverbindung weit auseinanderliegender Dinge — das wendet Gulbransson auf dem Gebiet der Anschauung an. Weshalb er meist schon ohne die Unterdrift überwältigend wirkt. Der Witz des Karikaturisten ist die Maßlosigkeit, die ins Gegenteil umschlagende Uebertreibung der Charakterisierung von irgendwie lächerlichen Eigenschaften. Es genügt zum Beispiel schon, seinen Lubendorff im Löwenzelt zu sehen, wie er sich als wütender Bechter vor dem Stehpiegel gefüllt, um zu ahnen (was der Text dann bejaht), daß er nach Erledigung der Kreimaurer jetzt die Radfahrer zerquetschen werde. Das heißt den heutigen Tappus des sinnlos rasselnden, aber unerschöpflichen Dramarhos handgreiflich erleben! Darum sind all diese Zeichnungen noch oft nach Jahrzehnten der Entstehung, da man ihre Anlässe nahezu vergessen hat, äusserst anisfont und wenig geblieben, weil sie neben dem Zufälligen der Zeitgeschichte immer auch eine allgemeine menschliche Dummheit auf ihre Kadel gespielt halten. Man braucht gar nicht mehr vom Burenkrieg und dem letzten Feldzugsplan Wilhelmus zu wissen, den er den Engländern schickte, um die entzückende Serie zu genießen, in der Großmama Vittoria nach dem Plan des geschätzten Entfels verdroschen wird, weil der böse Radbar diesen Plan nicht verstanden hat. Seine richtige Würze gewinnt das allerdings erst, wenn man die politische Situation dazu tut.

Ueber Splanos spricht heute Dr. Carl Gebhardt aus Frankfurt am Main in einem Vortrag der Vortrags-Gesellschaft, 24. Mrz. in der Gedächtnis-Halle am Ratsburger Platz 8.

# Angst vor dem polnischen Schwein.

Neue großagrarische Quertreibereien.

Raum haben die neueren Versuche wieder eingeseht, eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen, so melden sich auch bereits aus dem Lager der Großagrarier die Quertreiber zum Wort, die den Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden Staaten unter allen Umständen verhindern möchten. So bringt die „Deutsche Tageszeitung“ am Sonntag folgende mit „Voricht“ überschriebenen Erguß:

Die deutsch-polnischen Vorverhandlungen über einen Handelsvertrag nehmen nach Pressemitteilungen deutschen und polnischen Ursprungs einen „günstigen“ Verlauf. Die wiederholten Unterredungen Dr. Stresemann mit dem polnischen Bevollmächtigten Jankowski haben, wie es heißt, die geeignete Atmosphäre für die Spezialverhandlungen wirtschaftlicher Natur geschaffen, die vielleicht schon in dieser Woche beginnen sollen. Für uns bleibt nur zu wiederholen, was schon öfters gesagt worden ist, daß auch wir im Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages möglichst erblicken, dem Verhältnis Deutschlands zu seinem östlichen Nachbar gewisse, für beide Teile schädliche Schranken zu nehmen. Aber wenn der in Aussicht genommene Vertrag diese Aufgabe so erfüllen soll, wie vom deutschen Standpunkt aus gefordert werden muß, dann gibt es für deutsche Zustände eine unverschiebbare Grenze, nämlich die Lebensinteressen der deutschen und besonders der ostdeutschen Landwirtschaft. Was sie verlangen, ist von beruflicher Seite immer wieder in so eindeutiger Klarheit gesagt worden, daß die Reichsregierung nicht im Zweifel darüber sein kann, wo es agrarwirtschaftlichen Forderungen der Polen gegenüber ein unbedingtes „Halt“ geben muß. Auf der Industriekongress in Düsseldorf wurde von einem hervorragenden Vertreter der schwer bedrohten Provinz Ostpreußen die Formel geprägt: „Wir fürchten nicht die polnischen Wölfe, wohl aber die polnischen Schameine“. Das war kein witziges Wortspiel, sondern der gar nicht ernst genug zu nehmende Rottwurf eines verantwortungsbewußten Mannes, der die Gefahr des polnischen Schweins in ihrer ganzen wirtschaftlichen und nationalpolitischen Tragweite kennt, zunächst für Ostpreußen, weiter aber auch für unsere deutsche Landwirtschaft überhaupt.

Die westdeutschen Industriellen haben diesen Warnruf verstanden und gewürdigt. Von der Reichsregierung erwarten wir daselbe!

Dieser Appell an die Reichsregierung und im besonderen an den Reichslandwirtschaftsminister Schiele erhält seine Bedeutung dadurch, daß für Polen die Öffnung deutscher Grenzen für seinen Schweineexport besteht. Den deutschen Agrariern, die die Fleischpreise unter allen Umständen hoch halten wollen, kann man es nachfühlen, daß sie von dieser Forderung nicht sehr erbaut sind. Die Reichsregierung jedoch, die neben den agrarischen Interessen auch diejenigen der Exportindustrie zu wahren hat, würde ihren Pflichten und ihren feierlichen Zusagen für eine freihändlerische Gestaltung des Außenhandels zu widerhandeln, wenn sie diesen Quertreibereien kleiner Interessentengruppen nachgeben würde.

# Kirchenbann gegen Monarchisten.

In Frankreich.

Paris, 20. November. (Eigenbericht.)

Der Erzbischof von Bordeaux hat den Geistlichen verboten, den Mitgliedern des Monarchistenverbandes „Action française“ Kommunion und Absolution zu gewähren; es dürfen ihnen diese Sakramente nur dann erteilt werden, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation öffentlich erklärt haben. Bisher war nur die Zeitung „Action française“ auf den Index gesetzt, so daß den Gläubigen das Lesen dieses Blattes verboten war.

# Lied der Zigarrenarbeiter.

Ihr Herren in Stadt und Land,  
Ihr seht, die Miene gesättigt,  
Die schwere Zigarre in Brand,  
Darein ist von unserer Hand  
Sief Kummer und Leid gebettet.

Wir schufen für zehn Mark Lohn,  
Der Tag ist ein stetes Gebaste,  
Wir stehen in ewiger Iron,  
Wir haben eine Ewigkeit schon  
Den Hunger bei uns zu Gast.

Ihr macht's euch beim Rauchen bequem,  
Wie schmeckt der Dampf auf der Zunge  
So prickelnd und angenehm,  
Wir wohnen in Hütten aus Lehm  
Und atmen Gift in die Lunge.

So steht's uns im Schicksalsbuch:  
Wir mühen und sollen und rippen  
Am eigenen Leichentuch,  
Aber wir tragen dafür einen Fluch,  
Einen furchtbaren Fluch auf den Lippen.

Sans Bauer.

Die größten Städte. Vor dem Kriege zählte man 20 Städte mit mehr als einer Million Einwohner, 10 in Europa, 5 in Amerika und 5 in Asien. Nach einer neuesten Statistik ist diese Zahl gegenwärtig auf 40 angewachsen. Europa zählt 15 Millionenstädte, Amerika 13, Asien 11 und Australien 1. Die größte Stadt der Welt ist New York mit 9 350 000 Einwohnern, dann folgt London mit 7 660 000, Paris mit 4 900 000 und Berlin mit 4 126 000 Einwohnern. Osaka ist die bevölkerteste Stadt Asiens mit 2 115 000 Einwohnern, und auch Auckland heißt in Sibirien bereits eine Stadt mit 1 050 000 Einwohnern.

Ein Fiskus-Buch. Ein Spieler fand am Sonntag, 12 Uhr nachts, im Fiskus-Buch 100.000 Mark. Es waren über 100 der bekanntesten Fiskus- und Spielbankler mit. Karten zu Spiel 1.- bis 25.- im Fiskus-Buch (Häufig 10.- 2.- 5.-), Wette und Sieg.

Der Sängerchor „Cere“ - Einigkeit, der aus dem Chor der Futmacher, dem Chor „Cere“ Berlin-Verde und dem Chor „Cere“ hier gebildet hat, gibt Sonntag, 7 Uhr, in der Singakademie ein Konzert unter Leitung des Chormeisters H. G. Rohrbach. Der Chorleiter ist C. v. Gipsel mit dabei mit.

Ein Seminar für Hypothekensicherung wird nach einer Meldung der Deutschen Reichsbank-Wochenzeitung in Berlin geschaffen. Der Unterricht beschäftigt in den einzelnen Lehrjahren besonders die Frauen, die sich auf die Erziehung psychopathischer Kinder beziehen. Die Kandidatinnen soll ein Jahr umfassen; doch müssen die Studierenden bereits ein pädagogisches, medizinisches oder theologisches Examen abgelegt haben.

Ein deutsch-bulgarische Lehrhalle wurde in Sofia von der Reichsbank gebildet. Der Zweck ist die deutsch-bulgarische Kulturvermittlung (7) erreicht.

# Kampfschlossenheit der Tabakarbeiter.

Ein Kampf um Lebensrecht und Menschentum.

F. F. Wihenhäusen, 19. November.

Im Berratal besuchte ich von Wihenhäusen aus ein paar Zigarrenarbeitervereinigungen auf den umliegenden Industriedörfern. Dort, wo eine größere Zahl männlicher Arbeiter beschäftigt ist, der Versammlungsraum bald in einen unüberwindlichen Rebell von Zigarrenrauch gehüllt. Hier soll der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sprechen. Ich beneide ihn nicht darum. Nach 20 Minuten muß seine Stimme tragig werden, wie ein altes Reibeisen. Und er hat ein paar Stunden später noch in einer anderen Versammlung zu sprechen. Aber merkwürdig, die vielen qualmenden Zigarren machen dem Redner gar nichts aus, er scheint daran gewöhnt zu sein. Ruhig und sachlich wird das harte Ringen der Zigarrenarbeiter um menschenwürdige Löhne geschildert, die ungenügende Lohnzulage vom April mit 7/8 Proz., und wie die Fabrikanten selbst diese kleine Aufbesserung wüßig machen, indem sie Erbschwermetallzulagen abbauen, die Ware schlechter klassifizieren, so in falsche Gewichtsklassen einreihen, um dadurch den Lohn zu drücken.

Die Arbeiter hier auf den Industriedörfern sind stille, fast etwas schwerfällige Menschen. Aber jetzt war plötzlich Leben in die Versammlung gekommen. Kurze Jurten, die das Gesagte unterstreichen, zeigen, daß auch hier die Zigarrenarbeiter durch die gleichen Missetaten um einen Teil des ihnen zustehenden Arbeitsertrags gebracht werden. Als der Gauleiter dann mitteilt, daß der K.D.Z. behauptet, es würden Löhne von 31 bis 38 M. bezahlt, da geht ein bitteres Schreien durch den Raum, die Männer und Frauen rufen dem Redner ihre Wochenlöhne zu: 10 M., 13, 9, 11 M.

Noch Schilderung der Entwicklung des Arbeitskampfes, der brutalen, willkürlichen Aussperrung, werden die Lohnforderungen behandelt. Aber es geht nicht nur um das bloße Lohn; um Lebensrecht und Menschentum wird hier gekämpft. Und diese stillen hageren Menschen, die da im Saal sitzen, die kämpfen bis zum letzten. Das zeigt ihre entschlossenen Gesichter, ihre kurzen

Zwischenrufe. Diskussion kommt nicht in Gang. Einer legt nur, als dazu aufgefordert wird: „Du hast ja alles gesagt, wie's ist und wie denken grad so. Und aushalten tun wir, wie's auch kommt!“ Nach Schluß der Versammlung sitzt man noch zusammen und aus der Umerhaltung erfährt ich:

Die 30 Proz. der Arbeiter am Ort, die bisher nicht organisiert waren, haben sich jetzt zum Verband gemeldet.

Die Aussperrung hat sie gelehrt, wohin sie gehören. Der K.D.Z. ist jetzt ein guter Agitator für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

In der zweiten Versammlung, die ich an einem anderen Ort miterlebte, ist die Stimmung ebenso kampfschlossen und zuversichtlich. Es wird mitgeteilt, daß die Firma Wihenhäusen in Wihenhäusen Meister und kaufmännisches Personal in der Sortierung und Packerei arbeiten läßt. Eine Anzahl Arbeiterinnen hat man aus dem Eichfeld kommen lassen. Sie bleiben auch des nachts in der Fabrik, werden treulich beschützt, damit kein Streikposten Gelegenheit bekommt, an ihr Solidaritätscampfinden zu appellieren. Wihenhäusen kann auf diese Weise noch eine Anzahl Abnehmer bedienen. Wenn der K.D.Z. davon erfährt, werden wohl seine lieben Konkurrenten schon dafür sorgen, daß das Weiterarbeiten abgestellt wird.

Der Kampf steht gut für die Sache der Zigarrenarbeiter. Den Fabrikanten wäre wohl heute schon wohlher zumute, wenn sie sich dem Terror des K.D.Z. nicht hätten widersetzen müssen. Ihre Drohungen in der Presse, daß mit einer langdauernden Aussperrung zu rechnen sei, schreckt die kämpfenden Zigarrenarbeiter nicht. Sie wissen, man hat ihnen den Kampf aufgezwungen. Und sie sind tausendmal gegenüber den Fabrikanten im Recht; nicht nur, weil die Aussperrung Tarifbruch bedeutet, sondern vor allem auch aus Gründen der Menschlichkeit. Wer das grenzenlose Elend der Zigarrenlohnknechten in der mitteldeutschen Zigarrenindustrie erlebt hat, der muß sich wundern, daß es hier noch nicht zu wilden Verzweiflungsausbrüchen gekommen ist!

# Tagung des bayerischen Städtebundes.

Für Vereinheitlichung der Realsteuern. - Demonstration gegen Schacht.

München, 20. November. (Eigenbericht.)

Die am Freitag und Samstag in München abgehaltene Tagung des Bayerischen Städtebundes erhielt durch verschiedene Vorgänge eine über Bayerns Grenzen hinausgehende Bedeutung. Infolge der untrübsamen Erklärung des Deutschen Städtebundes in Weidenburg verlor die bayerische Regierung, durch ihren Innenminister und ihren Finanzminister den bayerischen Städten ins Gemissen zu reden und sie partikularistisch zu beeinflussen.

Der Innenminister Stöckel erklärte, die Städte hätten sich in den Staatsorganismus einzufügen und gemeinsam mit den Regierungen der Länder den Kampf um einen besseren Finanzausgleich zu führen, weil sonst ein Kampf aller gegen alle entbrenne.

Der Finanzminister Schmetzler erwiderte zum foundpolitischen Teile die von seiner Regierung beliebte brutale Einkommensminderung der Städte zugunsten des flachen Landes und schob alle Schuld auf das Reich. Dabei brauchte er sehr scharfe Worte gegen Berlin, indem er sagte, Bayern habe es reichlich satt, immer die Rolle des unbedeutenden armen Verwandten in der Familie des Reiches zu spielen. Es werde künftighin nicht mehr bitten, sondern sein durch die Reichsverfassung verbrieftes Recht fordern.

Ein praktischer Erfolg war aber diesen Ministertreden nicht beschieden. Der Städtebund ließ sich zu keiner Protestaktion gegen das Reich verführen, in der Überzeugung, daß eine einheitliche Kundgebung doch nicht zu erreichen gewesen wäre.

Er legte den größten Wert auf die einheitliche Haltung seiner Mitglieder und begnügte sich mit folgender einstimmig angenommenen Forderung: Stärkere Heranziehung der kommunalen Spitzenverbände zur Mitarbeit bei den Reichsministerien, ausreichende Beteiligung der Gemeinden im Reichswirtschaftsrat und eine enge und dauernde Frühlingnahme mit dem Reichstag durch Bildung eines gewissen kommunalpolitischen Ausschusses zwischen Reichstag und den großen Spitzenverbänden der deutschen Selbstverwaltung.

Eine weitere Entschliebung lehnte mit der gleichen Einmütigkeit den Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes in der vorliegenden Form ab, wobei der Städtebund aber die Überzeugung aussprach, daß die Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Realsteuern notwendig sei und kommen müsse.

Von der bayerischen Regierung werden sofortige Verhandlungen verlangt, um eine durchgreifende Bänderung des unholdbaren innerbayerischen Finanzausgleichs zu erreichen.

# Städtepräsident Muleri gegen Reichsbankpräsident Schacht.

Am Schluß der Tagung wandte sich der als Gast anwesende Präsident des Deutschen Städtebundes Dr. Muleri-Berlin in scharfen Ausführungen gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der in einer am Freitag vor rheinischen Industriellen gehaltenen Rede gegen die Finanzpolitik der Städte ausfällig gewordener ist. „Wir alle wissen“, so erklärte Dr. Muleri, „daß der Reichsbankpräsident kein Freund der öffentlichen Wirtschaft ist und daß er sie lieber heute als morgen verschwinden sehen möchte. Trotz dieser Befürchtung gehe es aber nicht an, sie mit falschen Siftern zu stützen. Unbegreiflich ist es, daß ein Mann wie Dr. Schacht den Satz aussprechen hat: „Ich stelle fest, daß, wenn die Städte Ausgaben unterlassen hätten, wir wahrscheinlich keine einzige kommunale Leuchte hätten aufhängen brauchen.“ Diese Ausgaben beständen in Schwimmbädern, Festgebäuden, Stadien, Flugplätzen und dergleichen, lauter Objekte, deren Herstellung in den Jahren 1924 und 1925 gerade von der Wirtschaft gefordert wurde. Dr. Schacht müsse das selbst ganz genau, und wenn er trotzdem eine solche Behauptung aufstelle, so sei das mehr als unbegreiflich.“

Diese Zurechtweisung des Reichsbankpräsidenten wurde von dem Städtebund einmütig mit stürmischem Beifall quittiert!

Der mexikanische Postgeneral Aguilar ist erschossen worden, als er versuchte den Rio Grande durchzuwaten wollte, um ins Ausland zu entkommen; ein Mann, der ihn für 500 Pesos hinüberbringen sollte, hat ihn angeblich verraten.

Auch Finnland säubert sich. In Helsingfors und anderen Städten wurden mehrere russische Emigranten verhaftet. Darunter soll ein Bevollmächtigter des Großfürsten Nikolai sein.

# Deutschnationale Konfusion.

Ein Professor, der seine Forderungen nicht ernst nimmt.

Es geht uns folgende Berichtigung zu:

In der Nr. 436 dieser Zeitung vom 15. September 1927 wird in dem unter der Ueberschrift: „Deutschnationale Kandidaten, ein Musterprogramm“ erschienenen Artikel behauptet:

„Aus Hamburg wird berichtet, daß unter den deutschnationalen Kandidaten zur Bürgerstimmwahl sich auch der Universitätsprofessor Bassarre befindet. Dieser Mann muß auf die Deutschnationalen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt haben. Denn sein politisches Programm, das er in einer Schrift entwickelt, ist so wertvoll, daß es nur bei den Deutschnationalen Anklang finden kann.“

Er verlangt unter anderem, daß in Deutschland alle Industriezweige aufgegeben werden, deren Rohstoffe von auswärts eingeführt würden. Weiter fordert er ein Verbot aller Maßnahmen gegen Seuchen, Verbot aller Importen und freies Walten aller die Großstädte „reinigenden“ Expendien. Natürlich tritt er auch für die Abschaffung der sozialen Fürsorge und aller sonstigen dem Kampf ums Dasein schwächenden Gelese“ ein. (Endlich müßte der Schulzwang und die allgemeine Schulbildung abgeschafft werden.“

Die Behauptungen, daß ich solche Forderungen aufgestellt und solche Maßnahmen gefordert hätte, sind sämtlich unrichtig.

Wahr ist, daß ich in meinem Buche: „Landarbeit und Kulturentwicklung“, Hamburg 1922, die Degenerations- (Verfall-) Erscheinungen bei allen Völkern und zu allen Zeiten wissenschaftlich erörtert, aber wiederholt die Unmöglichkeit der Aufstellung solcher Forderungen betont habe, wie sie mir in dem Artikel unterzeichnet worden sind.

Der Herr Professor will seinen Forderungen nur theoretische Bedeutung beilegen. Diese Erklärung ist ihm eingefallen, nachdem ihn seine Partei im Hamburger Wahlkampf beigebracht hat, daß praktisch mit seinen theoretischen Forderungen keine Schritte zu machen seien.

Aber leugnen kann er nicht, daß er soziale Fürsorge, Schulpflicht und Sozialhygiene für schädliche, degenerierende Einrichtungen hält.

# Horthy-Ungarns Freundschaften.

Militärattachés in London und Rom.

Durch den Frieden von Trianon ist Ungarn auf einen verhältnismäßig kleinen Teil seines früheren Staatsgebietes verringert, ihm die allgemeine Wehrpflicht verboten und nur ein Subwehrkorps von 30 000 Mann ohne die neuesten Maschinenwaffen gestattet worden. Seitdem Ungarn jedoch ein Land des weißen Schwerts geworden ist, hat man ihm erlaubt, in aller Eile die Wehrpflicht wenigstens auf dem Lande wieder einzuführen und eine Heeresmacht aufzustellen, die zu einer starken Bedrohung der Nachbarn werden kann. Dieser praktischen Friedensrevision wird nun auch die offizielle Anerkennung zuteil: nach der nicht demontierten Budapest-Redung eines Wiener bürgerlichen Blattes hat der Reichsverweser Horthy den Generalstabmajor Ludwig Beldi zum Militärattaché in London und den Oberleutnant Schindler zum Militärattaché in Rom ernannt. Damit wäre die Erhebung Horthy-Ungarns zum Hilfskorps des antislawischen Ringes besiegelt, und die französisch-italienische Gegenpartei hätte eine sehr deutliche Antwort auf den Vertrag Paris-Vertrag erhalten.

In Ungarn selbst hat die Regierung einen Begehren eingeleitet, der die Einführung gridarter und anleibfähiger Auslandsbürger über den „numerus clausus“ an den Hochschulen des Horthy-Staates beschleunigen soll. Das heißt hier gefälligst festgelegte Bezeichnung der Zulassung jüdischer Studenten. Der Gegenentwurf trägt den fieren Inhalt: „Juden raus!“ durch die Gewirt von Auswanderbestimmungen, die den Hochschullehrern erlauben werden, es genau so zu machen wie bisher. Zunächst ist die Einbringung dieses Hochschullehrerbeschlusses mit besonders rüden Judenverfolgungen durch die Hakenkreuzler beantwortet worden.

7 Millionen Francs Goldgeld hat Frankreich den Kaptlen für die Auslieferung der sechs Europäer gezahlt.

Ein Revolverattentat in Portugal hat den Obersten Estrevo, die stärkste Stütze des gegenwärtigen politischen Regimes, leicht verletzt.

Türkische Kommunisten sind in größerer Zahl verhaftet worden, darunter ein früher bei der „Arkos“ in London Angestellter.

# Abwehrkampf der Zigarrenarbeiter.

## Geringe Löhne — hohe Zigarrenpreise — große Profite.

Der Verbandsvorsitzende des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Genosse Karl Deichmann in Bremen, gibt uns folgende sachliche Darstellung des Kampfes:

Der Kampf, der jetzt in der Zigarrenindustrie tobt, hat durch seine Entstehung und durch seinen Umfang übertragende Bedeutung gewonnen. Um die Schuld von sich abzuwälzen, stellen die Organe des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller immer wieder die Behauptung auf, daß es sich bei der von ihnen verfügten Ausperrung um „eine Abwehrmaßnahme“ handle, die durch wilde Streiks in Leipzig und Breslau hervorgerufen sei.

Dabei steht fest, daß die eine Leipziger Firma ihre Arbeiterschaft schon kündigte, ehe die Sortierer überhaupt die Arbeit niedergelassen hatten, während bei der anderen Leipziger Firma die Arbeitsinstellung durch provokatorische Redensarten des Firmeninhabers verursacht wurde.

Entscheidend ist jedoch, daß

die Leitung des RDZ, jede Verständigungsmöglichkeit unterbanden

hat und die Ausperrung, zunächst in Sachsen und Schlesien und dann in ganz Deutschland, durchführte, ohne die im Reichstaxtarif vorgesehenen Schlichtungsbestimmungen zu beachten. Der Tarifbruch liegt also ohne Zweifel ganz auf Unternehmerseite.

Am 11. November fanden in Berlin auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums unerbittliche Besprechungen statt, um den Weg zu einer Beilegung des Kampfes zu erforschen. Auch hier haben die Unternehmer durch ihre Erklärung, weder grundsätzlich noch wirtschaftlich irgendwelche Zugeständnisse machen zu können, jede Verständigungsmöglichkeit zerfallen. Ueber ihre „Grundsätze“ braucht nach allem nichts mehr gesagt zu werden. Aber auch die „wirtschaftlichen Erwägungen“, die einer Einigung entgegenstehen sollen, sind nicht ernstzunehmen, wenigstens vertreten wir in dieser Frage eine andere Meinung. Die Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen, besteht sehr wohl. Viele Firmen zahlen heute schon die geforderten Löhne und darüber hinaus. Daraus ergibt sich, daß es auch allgemein möglich ist, die Lohnfrage im Sinne der ausgefallenen Forderungen zu regeln, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Der Reichsverband aber will jedwede Lohn-erhöhung hintertreiben.

Um einmal der Deffenlichkeit einen Einblick zu geben, lassen wir eine Aufstellung folgen über

die Gestehungskosten der Zigarrenherstellung.

Wir legen dabei eine 10-Pf.-Zigarre im Kleinverkauf zugrunde. Greifen wir das Taxigebiet Schlesien heraus und zwar irgendeinen Ort ohne Ortszuschlag und Breslau mit dem höchsten Ortszuschlag dieses Gebietes. Der Lohnanteil bei einer solchen Zigarre beträgt 12 bis 13,50 Pf., an Rohmaterial 17,50 Pf., Eingangszoll 6 Pf. und Banderolensteuer 20 Pf., dazu andere Betriebskosten in Höhe von 3,50 bis 4 Pf., insgesamt 59 bis 61,50 Pf. An Unternehmer- und Händlergewinn verbleiben demnach ungefähr 38,50 bis 41 Pf. Dieser Gewinn ist erheblich höher bei den anderen Preislagen. Dazu kommt, daß dieselbe Zigarre

nicht zu 10 Pf., sondern zu 12 und 15 Pf. in den Handel gebracht werden. Ähnlich verfährt man bei Zigarren in anderen Preislagen.

Die Möglichkeit besteht also, die geforderte geringe Lohnbelastung zu tragen. Nach der gestellten Lohnforderung würde für das schließliche Tarifgebiet die gesamte Mehrbelastung ungefähr 1,75 bis 2 Pf. betragen, so daß der gesamte Lohnanteil dieser Preislage 13,75 bis 15,50 Pf. betragen würde. Der Gewinnanteil betrüge immer noch 36,50 bis 39 Pf. pro 1000 Stück, oder 36% bis 39 Proz. Zu beachten ist, daß der Lohnanteil bei den höheren Preislagen prozentual erheblich geringer wird und die Gewinnquote stark steigt. Bei solchen Gewinnen kann keine Rede davon sein, daß „wirtschaftliche Erwägungen“ es verbieten, in der Lohnfrage ein Entgegenkommen zu zeigen.

Die Verdienste der Arbeiter sind sehr gering. Bei der Herstellung der Zigarre zu 10 Pf. im Kleinverkauf beträgt der Verdienst bei einer allgemein anerkannten Normleistung

| Ort<br>(ohne Ortszuschlag) | Breslau<br>(höchster Ortszuschlag) |
|----------------------------|------------------------------------|
| R. 2,33 pro Tag            | R. 2,56 pro Tag                    |
| = 27% Pfg. pro Stunde.     | = 32 Pfg. pro Stunde.              |

Ansehts solcher Lohnverhältnisse werden die Zigarrenfabrikanten sich verpflichtet fühlen müssen, brauchbare Zugeständnisse zu machen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden jedenfalls nichts unversucht lassen, um eine bessere Entlohnung herbeizuführen.

### Die „einigen“ Zigarrenfabrikanten.

Die Zeitung des RDZ und ihr Sprachrohr, die „Süddeutsche Laborzeitung“, versuchen in der Deffenlichkeit immer wieder den Eindruck zu erwecken, als ob sich die Zigarrenfabrikanten noch niemals so einig gewesen wären, wie gerade jetzt und „daß dem Beschluß des RDZ, betreffs der Ausperrung überall Folge geleistet werde“.

Dieser Stimmungsmache sollte auch die in den letzten Tagen durch die Presse gegangene Notiz dienen, wonach nun auch die Bezugsgruppe Oberbadens des RDZ mit angeblich 17.000 Beschäftigten am 19. November die Belegschaften ausperrten werde. Nun stimmt es, daß am 14. November in Bahr ein derartiger Beschluß gefaßt wurde, aber es ist sicher keine Uebertreibung, wenn gesagt wird, es war eine richtige Jangengeburd.

Der Geschäftsführer des RDZ, mußte extra von Berlin nach Bahr reisen, um die so „einigen“ oberbadiischen Zigarrenfabrikanten noch einiger zu machen. Und das Ergebnis?

Von 44 anwesenden Zigarrenfabrikanten stimmten 24 für die Ausperrung, 12 dagegen und acht enthielten sich der Abstimmung. Kaum aber war der Geschäftsführer des RDZ wieder in Berlin, da beschloßen die oberbadiischen Zigarrenfabrikanten, die Ausperrung nochmals um eine Woche zu verschieben und nun „endgültig“ am 26. November auszusperren. Das ist nun der vierte Ausperrungstermin. So sieht die weitgepriesene Einigkeit des RDZ aus.

Bei dieser Gelegenheit sei richtiggestellt, daß die Firma Biermann u. Schüring in Bremen ebenfalls ausgesperrt hat. Die entgegenstehende Meldung in Nr. 546 des „Vorwärts“ beruhte auf einem Hörfehler bei der telephonischen Ueberemittlung.

### Die Arbeitslosen marschieren!

Am Sonntag traf in London eine Bergarbeiterdelegation von Arbeitslosen in Stärke von 300 Personen aus Süden Schwabes ein. Die Bergarbeiter hatten den Weg von ihrer Heimat nach London in 12 Tagen zu Fuß zurückgelegt. Sie wurden bei ihrer Ankunft in London von Tausenden von Menschen jubelnd begrüßt. Zweck der Demonstration ist, der Bevölkerung Englands die Herzlosigkeit Baldwin gegenüber der hungernden Bergarbeiterschaft zu zeigen.

### Entschädigung Berufsruher.

Der schweizerische Bundesrat teilte dem Internationalen Arbeitsamt mit, daß er durch den Generalsekretär des Völkerbundes die formale Ratifizierung der internationalen Uebereinkunft, betreffend die Entschädigung der durch Berufsruher betroffenen Personen, einreichen ließ.

### Briefe an den „Vorwärts“.

Auch für Herrn Brüninghaus nützlich zu lesen.

Wir erhalten täglich eine Fülle von Zuschriften, die sich mit der Tabakarbeiterausperrung beschäftigen. Wir geben zwei davon wieder:

Bilg, 18. November 1927.

Ihr erschütternder Artikel „Ein Kampf um das nackte Leben“ in der Morgenausgabe Ihrer heutigen Nummer 545 veranlaßte mich, Sie um Ueberemittlung einer Adresse der Kernisten der Armea zu bitten. Ich habe die Absicht, zum bevorstehenden Fest eine Familie durch ein Weihnachtsgeschenk zu überraschen. Ich habe einen fünfjährigen Jungen und könnte getragene Jacken, Schuhe usw. für ein ebenso gleichaltriges oder auch kleineres Kind besorgen.

Berlin, 17. November 1927.

Ihnen zur Mitteilung, daß die Sachen über die Zigarrenarbeiter im Hauptstadte wirklich zutreffen, da ich selber aus dem Einsatzfeld bin und meine Eltern beide sowie mein Bruder von dem Streik betroffen werden, ohne einen Pfennig Geld sind, und bei der Arbeitszeit von 48 Stunden 12 bis 13 Mark pro Woche verdienen. Es ist ein Hungerdasein auf dem Einsatzfeld in dem schwarzen Deltteil. Aber Gott sei Dank sind die Leute auch schon andersdenkend. Erst heute schreiben meine Eltern, sie wissen nicht, was werden soll, ob da nicht die Behörde eingreift. Keinen Pfennig Unterstützung erhalten sie und sind vier Personen, meine Schwester und Nichte dazu. Schreibe dieses war da, und es wurmt, wenn man daran denkt, daß viele Leute nicht glauben, daß es wirklich so ist. Ich habe mich deswegen von meiner Heimat getrennt und arbeite hier. Ferner schreiben sie, sie werden auch nichts gewahrt, außer was in der Zeitung steht, welche ich lese. Als ich die Zeitung laufend lasse, haben mehrere sie gelesen. Sonst hören sie nichts, was los ist in ihrer Branche. Hatte ja feinerzeit den „Vorwärts“ nach dort senden lassen, leider wurde es zu teuer bei dem Verdienst von 12 Mark. Nun sende ich hier mit diesem Brief und laufe sie hier beim Händler. Es kann wirklich nicht zu weitgehen mit den Zigarrenarbeitern, schreiben meine Eltern heute. Sie stehen vor einem Rästel, so was ist noch nicht dagewesen.

# Verbandstag der Maschinisten.

Der 16. ordentliche Verbandstag wurde am 20. November in Frankfurt a. M. eröffnet. Neben den Delegierten waren eine große Anzahl von Delegationen aus den verschiedenen Wirtschaftsbezirken erschienen. Meistens alle Kollegen, die die Gelegenheit wahrnahmen, den Verbandstag zu begrüßen. Als Gäste waren u. a. erschienen: Prof. Kuppel als Vertreter der Stadt Frankfurt, Direktor Donau vom Internationalen Arbeitsamt, Hermann Müller, Berlin vom DGB, Genosse Wessbach vom Ortsausschuß Frankfurt, Alwin Brandes vom Deutschen Metallarbeiterverband, Th. Kogur vom DGB, Berlin, sowie Delegationen der Maschinistenverbände von England, Dänemark und der Tschechoslowakei.

Nach dem „Sturm“ von Ullmann wurde der Verbandstag vom Vorsitzenden des Verbandes Kiebs eröffnet. Dieser Verbandstag sei eine Jubiläumstagung, da an dem gleichen Tage und zu gleicher Stunde der Zentralverband der Maschinisten und Heizer

vor 35 Jahren in Berlin gegründet

sei. Es sei nicht leicht gewesen, die Berufscollegen zu gewinnen. Unendliche Schwierigkeiten stellten sich in den Weg. Dennoch sei der Verband infolge der Opferwilligkeit der Mitglieder und auf der Grundlage des Berufsgebührens zu einer achtunggebietenden Macht im deutschen Gewerkschaftsleben geworden. Die Kollegen Holz, Berlin und Wagner, Augsburg, die an der Gründungsversammlung vor 35 Jahren teilgenommen hätten, sind mit anwesend. Prof. Kuppel begrüßte den Verbandstag und hob die außerordentliche Bedeutung hervor, die diesem Berufe im Jubiläum der Technik im Wirtschaftsstreben zukommt. Sehr gut laufe der Verband, daß er neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit auf die berufliche Bildung seiner Mitglieder bedacht sei.

Direktor Donau vom Internationalen Arbeitsamt gab in seiner Begrüßungsrede einen Ueberblick über Aufbau und Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Von Wichtigkeit für den Verband der Maschinisten seien die Uebereinkommen, die über das Seearbeitsrecht getroffen seien und noch in Vorbereitung sind.

Der Vertreter des englischen Maschinistenverbandes überbrachte die Grüße der englischen Kollegen. Es sei die größte Freude in seiner 35jährigen Tätigkeit, diesen Verbandstag begrüßen zu können. Die Engländer würden gern daran mitarbeiten, wenn vom Internationalen Arbeitsamt Uebereinkommen geschaffen würden, die die Berufscollegen besonders interessieren. Die englischen Kollegen würden es begrüßen, wenn

eine Internationale der Maschinisten

zustandekäme. Der Vertreter des dänischen Maschinistenverbandes konnte mit Stolz darauf hinweisen, daß von den Berufscollegen Dänemarks 98 Prozent organisiert sind. Auch die Dänen begrüßten die internationale Zusammenarbeit der Maschinistenverbände und dankten den deutschen Verband für die Solidarität hierzu. Der Vertreter des Maschinistenverbandes der Tschechoslowakei sagte über die mährischen Verhältnisse die Arbeiterhaft in der Nachbarrepublik. Die Kommunisten hätten die Gewerkschaften durch ihre Wühlstätigkeit sehr geschwächt. Nur langsam mache sich ein Umschwung bemerkbar.

Herrmann Müller vom DGB, betonte, die Tätigkeit, die der Verband im Sinne der Berufsausbildung geleistet habe, sei der Entwicklung der Organisation sehr förderlich gewesen. Daß er daneben die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht vernachlässige, zeige die tatsächliche Anzahl der abgeschlossenen Tarife. Kollege Kogur vom DGB begrüßte die Tagung und hob die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten hervor.

Alwin Brandes vom Deutschen Metallarbeiterverband wies einleitend auf das enge Verwandtschaftsverhältnis zwischen beiden Verbänden hin. Gelegentliche Reibungen seien meistens in kurzer Zeit beseitigt worden. Auf die gewaltige technische Ummwälzung der Gegenwart übergehend, hob der Kollege Brandes hervor, daß trotz des Aufstieges der Technik und der Erziehbildung der Arbeitskraft

die soziale Not in Deutschland noch sehr groß

sei. Die gewerkschaftlichen Organisationen seien noch zu schwach. Der Metallarbeiterverband werde am Schluß des Jahres wieder mehr als 800.000 Mitglieder zählen.

Nach dem Genossen Wessbach kamen einzelne Delegationen zum Wort, die den Verbandstag begrüßten.

Genosse Wolf Cohen, Berlin, wies auf die Notwendigkeit der politischen Neutralität in den Gewerkschaften hin. Nur so sei es wieder möglich, starke und einheitliche Gewerkschaften zu schaffen. Damit schloß Kiebs die erste Sitzung des Verbandstages.

Der Kassenbericht war Gegenstand einer eingehenden Beratung in einer geschlossenen Sitzung. Hier wurde festgestellt, daß der Mitgliederbestand eine sehr zufriedenstellende Entwicklung nimmt. Es konnte eine außerordentlich günstige Entwicklung der Vermögensverhältnisse des Verbandes und seiner verwaltungstechnischen Einrichtungen festgestellt werden. Aus diesem Grunde wurden die sozialen Unterstützungen wesentlich erhöht. Die Streikunterstützung erfuhr eine Erhöhung um mehr als 25 Proz. Ein neuer Zweig, die Invaliden- und Altersversicherung, kann, statt mit 50 Proz. nach dem alten Staat, schon mit Wirkung vom 1. Januar 1928 voll in Kraft gesetzt werden.

### Der französische Gewerkschaftsbund.

Der französische Freie Gewerkschaftsbund hat ein neues Aktionsprogramm aufgestellt. Er fordert darin vor allem sofortige Stabilisierung und erklärt sich zur Mitarbeit an der Befestigung der Währung unter der Bedingung bereit, daß dabei die Entwicklung des Inlandsmarktes durch Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher als Ziel aufgestellt werde. Im einzelnen fordert der Gewerkschaftsbund volle Anerkennung des Koalitionsrechts, Arbeiterkontrolle über die Geschäftsführung der Unternehmen, Rationalisierung unter Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft, Entwicklung der Sozialgesetzgebung, vor allem der Arbeitslosenunterstützung, strenge Einhaltung des Achtstundentages, gleiche Entlohnung der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, obligatorische Schlichtung aller wirtschaftlichen Streitigkeiten, Verbesserung des Hochunterrichts, Behebung der Wohnungskrise, Reorganisation der staatlichen Verwaltung und unbedingte Sicherung des Friedens.

Jedem Gewerkschaftsmitglied wird zur Pflicht gemacht, dem Gewerkschaftsbund nicht nur formal anzugehören, sondern seine Ziele mit aller Kraft zu vertreten und zu unterstützen.

Im Anschluß an das neue Aktionsprogramm der CGT, hat das Beamtentum eine kräftige Propaganda entfaltet und dabei den Erfolg zu verzeichnen, daß vier Provinzvereinigungen von Kommunalbeamten in Südfrankreich sich dem Kartell angeschlossen haben.

Als Internationaler Sekretär der Steinbrücker wurde auf einer internationalen Tagung der Steinbrücker in Brüssel als Nachfolger des verstorbenen Sekretärs Poels der Sekretär des belgischen Schriftlegerverbandes Genosse Bergmann bestimmt. Eig des Sekretariats bleibt Brüssel.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten K. G. Berlin, Wulffstr. 65 ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabenden von 9-1 Uhr geöffnet.

### Der AD-Bund behauptet seine Stellung

Dem Reichswahlaußschuß der Freien Angestelltenverbände liegen neben den bereits veröffentlichten Wahlergebnissen aus 124 Wahlkreisen weitere Ergebnisse aus folgenden vor: Wessungen, Wessungen (Stadt und Land), Leipzig (Land), Königstein (Eibe), Ludwigsburg (Württemberg), Heidenheim (Baden), Arnstadt (Thür.), Herford (Land), Wittenberg (Stadt), Barendorf i. Westf., Liebenwerda, Wittenstein-Callenberg, Hildburghausen, Zerbst (Poussig), Blankenburg (Harz), Baden-Baden, Heilbronn, Würzburg (Land), Greifenhagen.

Insgesamt haben in dem bisher veröffentlichten 144 Wahlkreisen erhalten:

Allgemeiner Freier Angestelltenbund 143 758 Stimmen, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 118 928, Gewerkschaftsbund der Angestellten 114 151, sonstige Hauptaussschußverbände 23 454, 17 Frauenberufsverbände 40 329.

### Ausperrung der westdeutschen Kanalschiffer.

Die Antwort der Kanalreederei.

Die Kanalreederei, die den Streik durch die Ablehnung des Lohnschlichtungsbeschlusses vom 24. Oktober und ihre Kündigungen während des Verbindlichkeitsverfahrens provoziert haben, sind jetzt zur Ausperrung der Streikenden sowie der noch fahrenden Kapitäne, Maschinisten und Schiffsführer übergegangen.

Sie legen damit die gesamte westdeutsche Kanalschiffahrt völlig lahm und versuchen, andere Transportwege zu beansuchen. Da jedoch das Personal der holländischen Rheinschiffahrt sich nicht zu Streikbeschwerden mitbrauchen lassen wird, droht der Konflikt auch auf die Rheinschiffahrt überzugreifen.

### „Drohende“ Einführung der 3teiligen Schicht

Die ober-schlesischen Eisenhütten wackeln.

Einmal hat es ihnen der Schiedspruch über den Mantelstahl angehen, den sie ablehnen, weil er der „an sich bereits schwer kämpfenden Eisenindustrie Oberschlesiens neue zurzeit nicht tragbare Belastungen“ bringe.

Der niedrige Preisstand habe selbst in den vergangenen Konjunkturmonaten, trotz weitgehender Rationalisierung der Werte, keine nennenswerte Rentabilität ermöglicht, weil die Unkosten, namentlich die Rohne, ständig gestiegen seien.

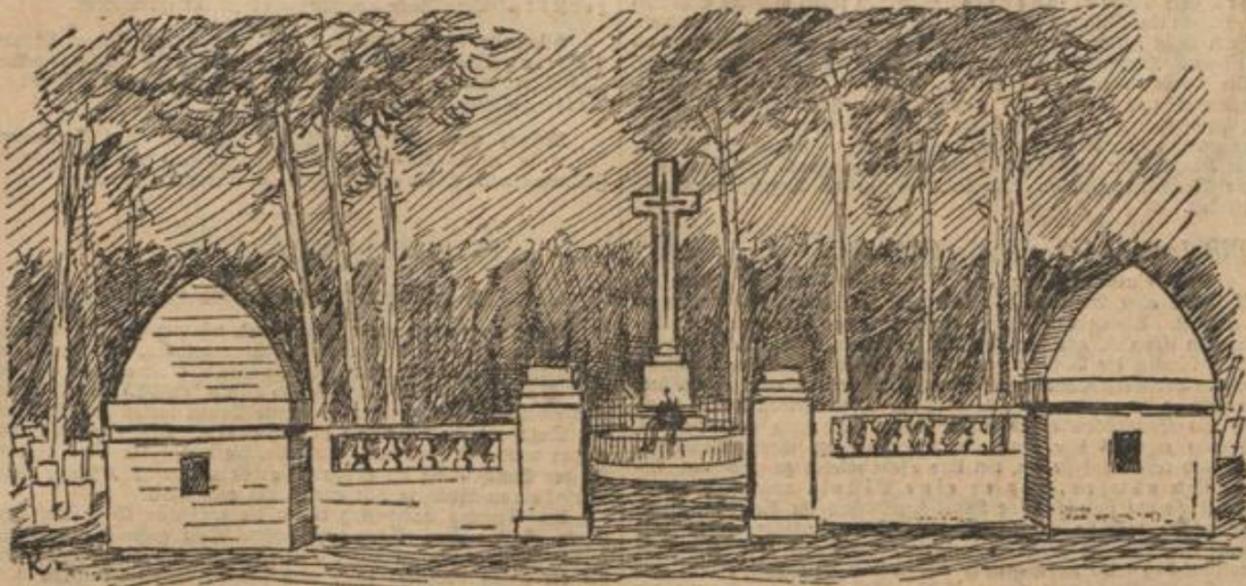
Ferner bilde die drohende Einführung der dreiteiligen Arbeitsschicht in den Stahl- und Walzwerken ein neues Moment härtester Unsicherheit, da bei Einführung der dreiteiligen Schicht neue wesentliche Belastungen des Lohnkontos und damit eine weitere Verminderung der Rentabilität mit Sicherheit zu erwarten seien.

Unternehmungen müssen rentieren. Es kommt jedoch nicht nur auf die Rentabilität an, sondern auch auf die darin arbeitenden Deutschen. Das verzeihen die um möglichst günstige Rentabilität besorgten Unternehmer zu leicht.

An anständigen Löhnen und dem Achtstundentag ist auch in Oberschlesien noch kein Unternehmer zugrunde gegangen. Wir nehmen deshalb diese berechneten Stoßflieger nicht zu traglich.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust. Geyer, Wirtschaftl. G. Mitarbeiter Gewerkschaftsbund; S. Geyer, Redakteur; A. G. Richter, Sekretär und Schriftf. für Kartell; Anzeigen: H. Geyer; Inhaltlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Stadt, Bernauerstr. 100 und Verlagsanstalt Carl Ziemer & Co. Berlin SW 68, Reinhardtstr. 2, 1. Stock, 1. Stock.

# Dem Gedächtnis der Toten.



Das englische Gefallenemal auf dem Friedhof in Stahnsdorf.

## Toten Sonntag auf dem Waldfriedhof.

Tausende zogen hinaus nach Stahnsdorf und ebensoviel Blumen und Blatigewinde zu den Friedhöfen an den Grenzen des Berliner Häusermeers. Nach allen Richtungen unternahm man die Pilgerfahrt zu Ehren der Toten, denen draußen auf freiem Felde diese Lahe und die Blüte eingeräumt sind. Einen Friedhof gibt es bei Berlin, der eine schöne Ausnahme macht, der verschwiegen zwischen den alten Kiefern in der Mark liegt, selbst ein Wald — der Friedhof von Stahnsdorf.

Hinaus in sein Waldgebiet führt die Friedhofsbahn, die extra für die Toten und die Leidtragenden eingerichtet ist. Von Wannsee geht diese Bahn aus und wendet sich hinein in das Gebiet der Radnower Schiene an der kleinen Station Dreißenden vorbei, bis endlich der Friedhofswald erreicht ist. Dort vor seinem Eingangsportal hält der Zug. Da ist ein hübsches Bahnhofsgebäude erbaut, ein würdiger kleiner Tempel, und tritt man da heraus, so sieht man den Wald vor sich, der der letzten Ruhe der Berliner Einwohner dient. Die breite Hauptstraße, die den Friedhof teilt, durchzieht der riesenhafte Menschenstrom, den der Totensonntag hierher bringt. Gruppen zweigen sich an den Seitengängen ab, und schreitet man eine halbe Stunde Weges die Hauptstraße entlang, bis ans andere Ende des Friedhofes, so ist man plötzlich allein. Das riesige Waldgebiet hatte die Leute aufgenommen. So vollkommen ist diese Täuschung von der Hauptstraße aus, daß man zunächst kaum ein Grab sieht. Hohe Bäume, alte Tannen und Kiefern, knorrig und verbittert, zu beiden Seiten Wald und nichts als Wald. Die Seitengänge aber erschließen die einzelnen Begräbnisstätten. Schöne, feudere Waldwege führen dorthin, Kiefernadelbestreut, von Waldschweigheit durchsetzt. Bläulich macht der kleine Weg zwischen den hohen Stämmen eine kurze Biegung und dann liegt da, hineingebettet in Wacholder und Kadij, ein kleines Grabfeld. Zuerst weiß man nicht, daß es Gräber sind; wie ein paar stille Rosenbüsche sieht das Ganze aus, wenn nicht der gut gepflegte Blumenschmuck aufmerksam machen würde oder ein schlichtes Steinemal.

Aus dem Wirrwal kleiner Gräber gelangt man dann wieder auf ein größeres, freies Landstück, spärlicher mit Blumen bestanden, aber rund herum rauhden die Bäume, sieht man die feinsten Kiefern aufrecht stehen. Auf diesen Stücken gibt es größere Grabfelder. Sie sind für die weniger Bemittelten bestimmt, denn die Plätze im eigentlichen Wald sind teuer. Aber auch hier hat man auf eine verständige Anordnung gesehen. Das Terrain kommt einer freieren Ausgestaltung günstig entgegen, es zeigt keine Unebenheiten, Hügel, Berge und Täler. So ist der ganze Friedhof, für jede Kirchengemeinde abgeteilt, eingeteilt. Zwischen den Gräbern tauchen dann auch die Menschen wieder auf, die im Wald verschwunden waren. Man sieht die Bündel voll Blumen wieder, die Arme voll Tannenzweige und die geschnittenen Kränze aus Moos, und zwischen gibt auch der Wald her, was an den Gräbern gebraucht wird.

Vor dem Kirchhof aber warten die Jüge, einer nach dem anderen fährt ab, bis die Toten im Friedhofswald wieder allein sind.

## Dem Gedächtnis der Gefallenen!

Der Erinnerung an die Gefallenen des Weltkrieges ohne Unterschied der Nation galt die Feier, die veranstaltet vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Gruppe Kreuzberg des Reichsbanners, gestern vormittag um 11 Uhr auf dem Garnisonfriedhof in der Halensee unter besonders starkem Besuch stattfand. Helmuth von Gerlach, Paul Ebert und Gauvorspender Wendt vom Reichsbanner hielten Ansprachen und betonten, daß alle Völker in diesem Maße unter der Geißel des furchtbaren Völkermordens gelitten hätten, und daß es deshalb unsere Pflicht sei, am Tage der Toten nicht nur unserer deutschen gefallenen Volksgenossen, sondern darüber hinaus auch der Weltkriegsopfer aus allen Ländern zu gedenken. Wahres Gedenken aber sei es nicht, wenn wir mit solbathem Pomp militärische Reden hielten, sondern rechter Dienst an denen, die unter der Erde liegen, sei es, wenn wir die Nachkommen der Toten von gleichem Schicksal schützen und schließlich an diesen Gräbern gedenken: Wie wieder Krieg! Kränze mit schwarzrotem Banden wurden an den G-thern der deutschen und ausländischen Gefallenen niedergelegt. — Gleichzeitig gedachte das Reichsbanner am Grabe von Erich Schulz des Kameraden, der am Tage der Reichspräsidentenwahl von Holentzenbanditen selig ermordet wurde. Hier sprach Kamerad Robinson schöne Worte der Erinnerung und gelobte Treue den Idealen, für die Schulz fiel, um dann auch an diesem Grabe einen Kranz mit dem Farben der Republik niederzulegen. — Das Reichsbanner Erkner veranstaltete an den Gräbern der Kameraden Tische und Pallant, die dem Stahlhelmüberfall von Ahrensdorf zum Opfer gefallen sind, eine auch von Berlin aus hart besuchte Feier.

## Feiern des Reichsbanners.

Der Ortsverein Neutölln des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold versammelte sich am Sonntag, um auch in diesem Jahr zu einer kurzen Feier für die Opfer des Weltkrieges an deren Gräber auf dem Gemeindefriedhof zusammenzutreten. Um 12.30 Uhr trat die Kameraden in der Kaiser-Friedrich-Straße Ecke Reuterstraße an. An der Spitze des Zuges marschierte das Tambourkorps. Dann folgten die umflorten Fahnen und die einzelnen

Kameradschaften. Mit den Klängen „Ich halt' einen Kameraden“ begann der Marsch zum Friedhof am Mariendorfer Weg. Hunderte Neutöllner Einwohner marschierten neben dem Zuge, um an der Feier teilzunehmen. An den Gräbern der Kriegsoopfer nahmen die Kameraden Aufstellung. Das Tambourkorps intonierte einen Trauermarsch. Dann sangen die Männerchöre „Neutöllner Liebertafel“ und „Solidarität“. Nach den Gedankworten des Kameraden Bar-Santi lenkten sich die Fahnen. Dummer Trommelwirbel klang über die langen Gräberreihen. Kränze des „Reichsbanners“ und des „Reichsbundes der Kriegsgeschädigten“ werden an den Gräbern niedergelegt. Zum Abschluss der Feier singen die Männerchöre „Lied des Kameraden“. Dann marschieren die Kameraden nach dem Gemeindefriedhof in Brih, wo an den Gräbern der dort bestatteten Gefallenen ebenfalls eine Gedankfeier veranstaltet wurde.

Während draußen scharfer Novemberwind über Gräberreihen jagte, verammelte sich in der Halle des Krematoriums Baumchulenkweg der Kreisverein Treptow des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu einer schlichten Toten-Gedankfeier. Kamerad Oberst Schilling ergriff die „unbekannten Soldaten“ in Deutschland und den anderen Ländern. Umrahmt wurde die Feier durch Darbietungen des Volkshors Süd-Ost; ihren Abschluss fand sie mit einer Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof!

## Im Krematorium Gerichstfrage.

Trauen über den Gräbern pfeift ein eisiger Wind, hier und dort knarrt ein dürres Zweiglein, die Menschen gehen und kommen, einiger Kreislauf der Bewegung — Leben. Aber hier drinnen ist's still für ungedulde Zweisprache mit den Toten. Kein Wind zerreiht der Worte Schall, kein Laut von außen läßt die Gedanken abirren. Und all die Staubgewordenen in ihrer letzten Ruhestätte empfangen hier den Gruß der Lebenden. Der „Volkshorbestattungsverein“ veranstaltete im Krematorium Wedding seine sehr eindrucksvolle Totenfeier. Der mächtige Kuppelbau konnte lange nicht alle Menschen fassen, die gekommen waren, der stillen Feier beiwohnen. Das ganze Totenhaus glück einem Baumenhain. Feierliche Orgelton kündeten den Beginn und von der Empore erklangen wohlwollende Chor- und Sologebänge. In schlichten, tiefempfundenen Worten gedachte der Sprecher des Vereins, G. Lutz, all der Verstorbenen. Es folgte dann die Uraufführung der „Missa Stammaris“ (Heuermesse; Worte von Lutz, Musik von Witte, dem Organisten des Krematoriums), ein Gruß aus tiefstem Herzen und ein feierlicher Schwur der Treue. Nicht in banaler, dumpfer Trauer, sondern starken Herzens sollen wir unsere Toten ehren und ihrer gedenken.

## Bei den Freidenkern.

Eine würdige Toten-Gedankfeier hatte am Sonntag nachmittag der „Verband für Freidenkerei und Feuerbestattung“ in der Volkshalle am Bülowplatz veranstaltet. Der Geist heroischer Lebensbejahung, der den Menschen noch aufricht erhalt angeht der Nacht des Todes, webte aus dieser feierlichen Stunde. Das verdunkelte Haus war bis in die obersten Ränge gefüllt. Goldgelbes Licht strahlte auf die mit Blumen und Lorbeerkränzen reich geschmückte Bühne, auf der der von Walter Hübel dirigierte Schubert-Chor Aufstellung genommen hatte. Schuberts „Trauergefang“ klang lagend durch den Raum. Dann sprach Heinrich Wille am Pult und sprach podend Ferdinand Meyers „Gruß der Toten“. Wir Toten, wir Toten sind größer als ihr, als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere...! Der Rezitation schlossen sich die Musikvortrüge eines Quartetts an, das von Herrn Professor Robert Keller (Violine), Herrn Hermann Hopf (Cello), Frau Anna Hopf-Gebel (Harfe) und Herrn Wilhelm Scholz (Harmonium) gebildet war. Glücks Vento aus „Orpheus“ und Beethoven's Adagio aus der Sonate „Pathétique“ fanden eine weicherhafte Wiedergabe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Gedankrede des Genossen Max Sievert. Er erinnerte an die vielen, die der Tod im letzten Jahre aus der Arbeits- und Kampfgemeinschaft der Freidenker gerissen hatte. Sie alle mahnen die Lebenden, alles einzusehen für die Erringung einer besseren menschlichen Gesellschaft. Und die Erinnerung an die Millionen Toten des Krieges muß aus aller Wunde den Schrei pressen: „Nie wieder Krieg!“ Wie ein Jubelthymnus erscholl von den Lippen der Sänger das wunderbar befreiende „Margentied“ von Rich, das der Veranstaltung den Ausklang gab.

## Unsere Gräber in Frankreich.

Es waren sehr interessante Aufschlüsse, die der amtliche Delegierte für die Kriegsgräberfürsorge, Ministerialrat Franz, gestern, gelegentlich der Gedankfeier des Hauptkriegsverbandes Berlin, im Ufa-Palast am Zoo gab. Man erfährt vor allem, daß es um die etwa 900 000 deutschen Kriegsgräber in Frankreich doch nicht so schlecht bestellt ist, wie man es zuweilen aus deutscher Zuschriften der Rechtsblätter entnehmen kann. Die französische Regierung erfüllt in bester Lokalität ihre Pflichten, die ihr nach dem Pariser Vertrag mit Bezug auf die Fürsorge der deutschen Gräber übertragen worden ist. Es sind beträchtliche Kosten, die Frankreich durch die Pflege und Unterhaltung dieses ungeheuren Gräberfeldes, das fast die ganze frühere Westfront einnimmt, zu tragen hat. Zum Teil sind die Toten in großen Sammelriedhöfen untergebracht, und

die ungeheure Zahl jener Toten, deren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, ruht in Massengräbern. Es gibt eins darunter, das 22 000 deutsche Soldaten birgt. Ein Teil der Friedhöfe dient französischen und deutschen Gefallenen. Man sah in den gezeigten Lichtbildern, daß die Ausstattung des französischen und des deutschen Teils dieser Friedhöfe sich in nichts untereinander unterscheiden. Die deutschen Gräber tragen schwarze Kreuze mit weißen Aufschriften, die jährlich einmal erneuert werden. — Die Feier, die diesen ausgezeichneten Vortrag umrahmte, brachte ein dem Gedanten des Tages würdig angelegte musikalische Vortragsfolge. Man kann sich allerdings vorstellen, daß es mehr im Geiste dieser Millionen von deutschen Opfern gewesen wäre, wenn der Vortragsende des Hauptkriegsverbandes, Dr. Hoff, sich in seiner kurzen Ansprache etwas mehr von der Phrasologie der Kriegervereine ernst hätte.

## Proletarische Feierstunde.

„Senkt die roten Fahnen! Die Fahnen der Freiheit! Die Fahnen der Liebe! Dem toten Kämpfer!“ — Zu einem feierlichen Requiem gestaltete sich die Proletarische Feierstunde am Sonntag im Großen Schauspielhaus. Hunderte tauschten ergriffen den ergreifenden Dichtungen Ernst Lohers, Franz Rathenjäders und Kurt Klaebers, die den toten Kämpfern unserer Partei um Freiheit und Recht Kränze wanden, aber auch dem werdenden Geschlecht mit großer Siegeszuversicht das Ausrauchen der Fahnen am Morgen des Lichts ver kündeten. Eine zündende Ansprache des Genossen Crispian besiegelte diese Gewißheit und richtete die erste Mahnung an die Hörer, die 9 Millionen abseits stehenden Proletarier bei den nächsten Wahlen für die Partei zu gewinnen. Politisch und literarisch nicht uninteressant war die Einlage eines Dialogs Bebel's mit einer seiner Gegner, aus authentischen Worten Bebel's aus seinen Reden genommen. Aus jedem Satze klang die Schlagkraft der Argumente dieses großen Vorkämpfers des Sozialismus heraus. Fast erscheint es uns wie ein Wort aus unseren Tagen, wenn unser August Bebel seinen Gegnern auf ihre läppischen Entgegnungen hin zuruft: „Sie haben Angst! Sie fürchten die Neuwahlen, Sie fürchten, vor Ihre Wähler zu treten!“ Allen aber griff das Schlusswort Bebel's ans Herz: „Die Partei des Klassenbewußtens, intelligenten, zum Denken gelangten, gegen Arbeiterlängerei gefesteten deutschen Proletariats — das ist die Sozialdemokratie.“ Bebel den Hörern vor Augen zu führen, war ein besonders glücklicher Gedanke, der vorzüglich in die Wirklichkeit umgesetzt wurde. Die festliche Beistimmung war umrahmt von musikalischen Darbietungen des Berliner Sinfonieorchesters unter Leitung seines Dirigenten Emil Bohnke. Der Sprechchor unter Leitung von Albert Florath gab den Dichtungen symbolisch und plastisch die erhöhten Wirkungen, als Einzelsprecher zeichneten sich Heinrich Witte und Ilse Rufaus durch ihre künstlerische Wortbildung aus.

## Weihnachtsgabe der Stadt Berlin.

1 1/2 Millionen für Kinder. — Rechtsparteien dagegen.

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß heute vormittag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, den Kindern sämtlicher Unterhaltungsempfänger einschließlich der Erwerbslosen und den in städtischer Fürsorge stehenden Kindern eine Winterbeihilfe in Höhe von 10 Mark zu Weihnachten zu gewähren. Wie groß die Not in Berlin ist, erkennt man am besten daraus, daß hierfür allein rund 150 000 Kinder in Betracht kommen — eine Zahl die fast zwei Drittel aller Schulkinder in Berlin erreicht —, so daß für diese Hilfsaktion etwa 1 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt werden müssen. Bezeichnenderweise stimmten die beiden Rechtsparteien gegen den Antrag, weil sie wohl für eine „Beherung“ (im Sinne der üblichen Almosengeber), aber nicht für eine Winterbeihilfe zu haben waren. Hoffentlich behalten die Eltern der Berliner Kinder diese Tatsache noch bis zum nächsten Jahre im Gedächtnis!

## Durch Auspuffgase getötet.

Tragischer Tod zweier Jugendlicher.

Auf tragische Weise kamen in der Nacht vom Sonntag zum Montag der 18jährige Alfred L. aus der Prinzenallee 62.63 und dessen Freundin, die 16jährige Charlotte R. aus der Soldiner Straße 33 ums Leben. Die jungen Leute wurden heute früh in der Remise des Baters des L., in dem eine Zugmaschine (Eisernes Pferd) steht, von Angehörigen leblos aufgefunden. Nach den kriminalpolizeilichen Ermittlungen liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. Folgende Einzelheiten werden hierzu noch bekannt: Der 18jährige Alfred L. erhielt in den späten Abendstunden des gestrigen Sonntags von seinem Vater den Auftrag, die in der Remise auf dem unbebauten Grundstück Prinzenallee 66 stehende Zugmaschine wegen des starken Frostes vorzuheizen und den Motor anzupuffen. Der junge Mann machte sich hierauf in Begleitung der 16jährigen Charlotte R. auf den Weg. Als L. heute früh gegen 4 1/2 Uhr noch nicht nach Hause zurückgekehrt war, schöpften seine Angehörigen Verdacht und begaben sich nach der Prinzenallee 66. Den Eintretenden bot sich ein erschütterndes Anblick. In dem Raum mit Rauchgasen angefüllten Raum lagen die jungen Leute bewußtlos am Boden. Die alarmierte Feuerwehr und ein hinzugerufener Arzt nahmen Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch ohne Erfolg blieben. Die Leichen wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Tod durch Einatmen giftiger Gase bzw. Dampfe eingetreten. Der Fall ist ein eindringlicher Hinweis auf die Gefährlichkeit der Auspuffgase und die Gefahren, denen besonders die Chauffeure ausgesetzt sind.

Bei einem Wohnungsbrand erstickt. Ein schweres Brandunglück ereignete sich am Totensonntag im Hause Landsberger Platz 4. Auf dem Treppenturm machte sich ein starker Brandgeruch bemerkbar, der, wie festgestellt wurde, aus der separaten Kochstube der 16jährigen Clara Wertling drang. Die alarmierte Feuerwehr verstellte sich Einlaß und fand Frau W. auf dem Fußboden des völlig mit Rauch angefüllten und brennenden Zimmers bewußtlos vor. Sie gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt, wo sie jedoch kurz nach der Entlieferung starb. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden. Frau W. scheint das Opfer eigener Unvorsichtigkeit geworden zu sein.

Ein Handtaschenraub wurde in der vergangenen Nacht in Baumchulenkweg verübt. Eine Arbeiterin Johanna Sch., die in der Kolonie „Große Pappel“ an der Riechholz-

